

Bewerbungsformular

zum Teilnahmeantrag

Realisierungswettbewerb mit Ideenteil „Schloss Köthen“

Eingangsdatum:

Eingangsnummer:

1. Angaben zum Bewerber bzw. den Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft

Teilnahmeberechtigt sind Architekten in Zusammenarbeit mit Landschaftsarchitekten. Bewerber müssen die Teilnahmeberechtigung für beide Fachdisziplinen Architekt und Landschaftsarchitekt erfüllen. Dies kann innerhalb einer Büroorganisation oder im Rahmen einer Bewerbergemeinschaft erfolgen. Im Falle der Bewerbung als Bewerbergemeinschaft muss die Federführung für den Auftrag beim Architekten liegen.

1.1. Art der Bewerbung

Bewerbung als (bitte ankreuzen):

☐ Einzelbewerber

☐ Bewerbergemeinschaft

Bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft müssen alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft über die jeweilige geforderte Berufsqualifikation verfügen.

1.2. Angaben zum Bewerber (Architekturbüro)

Name / Büro:

Anschrift (Straße, Nr., PLZ, Ort)

Ansprechpartner /
bevollmächtigter Vertreter
(bei juristischen Personen)

Telefon

E-Mail / Website

ggf. weitere Mitglieder der
Bewerbergemeinschaft
Namen/Büros:

1.3. Weitere Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft (Landschaftsarchitekturbüro)

☐ Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft

Name/Büro:	
Sitz des Dienstleistungserbringers (Straße, Nr., PLZ, Ort)	
Ansprechpartner	
Telefon / Telefax	
E-Mail/Website	

☐ ggf. weitere Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft

Name/Büro:	
Sitz des Dienstleistungserbringers (Straße, Nr., PLZ, Ort)	
Ansprechpartner	
Telefon / Telefax	
E-Mail/Website	

☐ ggf. weitere Mitglieder der Bewerbungsgemeinschaft

Name/Büro:	
Sitz des Dienstleistungserbringers (Straße, Nr., PLZ, Ort)	
Ansprechpartner	
Telefon / Telefax	
E-Mail/Website	

Hinweis: Diese Seite kann bei Bedarf dupliziert werden.

2. Beabsichtigte Vergabe von Unteraufträgen gemäß § 36 VgV

Anlage 1

Vergabe von Unteraufträgen

Formlose Erklärung des Unterauftragnehmers zur fachlichen Eignung (Nachweis der Kammermitgliedschaft) und der Bereitstellung der erforderlichen Kapazitäten.

Beabsichtigt der Bewerber einen Teil des Auftrages an Dritte weiterzugeben?

☐ Ja ☐ Nein

Wenn ja, benennen Sie den Namen des Unterauftragnehmers und dessen geplanten Leistungsumfang:

3. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

Anlage 2:

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

Mitglieder von Bewerbungsgemeinschaft und Unterauftragnehmer haben die Eigenerklärung separat auszufüllen.

Dazu Kap. 3 dieses Formblatts unter Benennung des Büros in entsprechender Anzahl kopieren.

Hinweise:

Der Auftraggeber ist nach § 42 VgV zur Prüfung verpflichtet, ob bei einem Bewerber oder Bieter zwingende

Ausschlussgründe nach § 123 GWB oder fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen.

Hierzu fordert der Auftraggeber im vorliegenden Verfahren die Abgabe der folgenden Eigenerklärung jeden Bewerbers bzw. bei Bewerbungsgemeinschaften von jedem Mitglied der Gemeinschaft. Der Auftraggeber behält sich weitergehende Prüfungen oder Aufklärungsverlangen sowie die Vorlage entsprechender Nachweise vor.

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist diese Erklärung für jedes Mitglied separat einzureichen.

3.1. Angaben zu zwingenden Ausschlussgründen nach § 123 GWB

(Bitte alle zutreffenden Aussagen ankreuzen)

Ich/Wir erkläre(n), dass in den letzten fünf Jahren

- ☐ keine bei mir/uns beschäftigte Person, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist¹, rechtskräftig verurteilt worden ist und gegen mein/unser Unternehmen auch keine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach
1. § 129 StGB (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
 2. § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Abs. 2 Nr. 2 StGB zu begehen
 3. § 261 StGB (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
 4. § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
 5. § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden
 6. § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
 7. § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
 8. den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),
 9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

10. den §§ 232 und 233 StGB (Menschenhandel) oder § 233a StGB (Förderung des Menschenhandels) oder wegen einer Straftat nach einer mit den unter 1 bis 10 genannten Vorschriften vergleichbaren Vorschrift eines anderen Staates.
- ☐ mein/unser Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung nachgekommen ist und keine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung wegen einer Verletzung derartiger Verpflichtungen ergangen ist.

1 § 123 Abs. 3 GWB: Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

3.2. Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen nach § 124 GWB

(Bitte alle zutreffenden Aussagen ankreuzen)

Weiterhin erkläre(n) ich/wir, dass innerhalb der letzten drei Jahre

- ☐ mein/unser Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat;
- ☐ mein/unser Unternehmen nicht zahlungsunfähig ist;
- ☐ über das Vermögen meines/unseres Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren weder beantragt noch eröffnet worden ist und die Eröffnung eines solchen Verfahrens auch nicht mangels Masse abgelehnt worden ist;
- ☐ sich mein/unser Unternehmen nicht im Verfahren der Liquidation befindet und seine Tätigkeit auch nicht eingestellt hat;
- ☐ mein/unser Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen hat, durch die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird;²
- ☐ mein/unser Unternehmen keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

Wurde Ihnen in den letzten drei Jahren im Zusammenhang mit der Ausführung eines öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags vom dortigen öffentlichen Auftraggeber oder Konzessionsgeber eine erhebliche und fortdauernde mangelhafte Erfüllung vorgeworfen und hat dies zu einer vorzeitigen Beendigung des Auftrags/Konzessionsvertrags, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge (z. B. Vertragsstrafe oder Vergütungsminderung) geführt?

- ☐ Ja (bitte geben Sie den Namen des Auftrag- bzw. Konzessionsgebers und die Bezeichnung des Auftrags bzw. der Konzession an)
- ☐ Nein

² Schwerwiegende Verfehlungen sind (unabhängig von der Funktion des Täters oder Beteiligten) insbesondere

- Straftaten, die im Geschäftsverkehr oder in Bezug auf diesen begangen worden sind (z. B. Betrug, Subventionsbetrug, Untreue, Urkundenfälschung, wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Vergabeverfahren, Bestechung oder Vorteilsgewährung);
- das Anbieten, Versprechen oder Gewähren von unerlaubten Vorteilen an Personen, die Amtsträgern oder für den öffentlichen Dienst Verpflichteten nahestehen, oder an freiberuflich Tätige, die bei der Vergabe im Auftrag einer öffentlichen Vergabestelle tätig werden;
- Verstöße gegen das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (z.B. Absprachen über die Abgabe oder die Nichtabgabe von Angeboten) sowie die Leistung von konkreten Planungs- und Ausschreibungshilfen, die dazu bestimmt sind, den Wettbewerb zu beeinflussen.

3.3. Angaben zu einer möglichen Selbstreinigung nach § 125 GWB

Sollten Sie eine der unter den Ziffern 3.1. und 3.2. vorgesehenen Eigenerklärungen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nicht abgeben können, haben Sie nach § 125 GWB die Möglichkeit, durch den Nachweis geeigneter Selbstreinigungsmaßnahmen einen Ausschluss abzuwenden. Falls Sie von dieser Möglichkeit Gebrauch machen möchten, kreuzen Sie bitte bei der nachstehenden Abfrage zu Selbstreinigungsmaßnahmen die Option „Ja“ an und beschreiben Sie die entsprechenden Selbstreinigungsmaßnahmen detailliert. Kommen die beschriebenen Maßnahmen als geeignete Selbstreinigungsmaßnahmen in Betracht, wird der Auftraggeber Sie zur Vorlage aussagekräftiger Nachweise (z. B. durch Bescheinigung unabhängiger Wirtschaftsprüfer) für diese Selbstreinigungsmaßnahmen auffordern. Der dem Auftraggeber zustehende Bewertungsspielraum bleibt hiervon unberührt.

Es wurden Selbstreinigungsmaßnahmen gemäß § 125 GWB durchgeführt:

- ☐ Ja (bitte fügen Sie eine detaillierte Beschreibung auf einer separaten Anlage bei)
- ☐ Nein

Falls Ihr Unternehmen in den letzten fünf Jahren seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist oder eine entsprechende Verletzung durch rechtskräftige Gerichts oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt worden ist:

Ist Ihr Unternehmen zwischenzeitlich den Verpflichtungen dadurch nachgekommen, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der entsprechenden Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträge einschließlich Zinsen, Säumnis und Strafzuschlägen verpflichtet hat?

- ☐ Ja (bitte fügen Sie entsprechende Nachweise bei)
- ☐ Nein

3.4. Abschließende Erklärungen

Ich/Wir bestätige(n), dass ich/wir die vorstehenden Angaben nach sorgfältiger Prüfung gemacht habe(n) und alle Angaben nach meinem/unserem besten Wissen vollständig und richtig sind. Mir/Uns ist bewusst, dass ich/wir im Falle einer schwerwiegenden Täuschung, des Zurückhaltens von Auskünften oder des Unvermögens zur Übermittlung erforderlicher Nachweise vom Verfahren ausgeschlossen werden kann/können. Mir/Uns ist außerdem bewusst, dass der Auftraggeber zu einer Kündigung des mir/uns erteilten Auftrags nach § 133 Abs. 1 Nr. 2 GWB berechtigt ist, wenn im Zeitpunkt der Auftragserteilung zwingende Ausschlussgründe nach § 123 GWB vorliegen, und zwar unabhängig davon, ob ich/wir den Auftraggeber in Ziffer 3.1. dieser Erklärung bewusst oder unbewusst fehlerhaft informiert habe(n).

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel

Bei Bewerbergemeinschaften sind diese Erklärungen von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft zu leisten.

4. Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Anlage 4:
Kammereintrag / Befähigungsnachweis
Architekt und Landschaftsarchitekt

Als Voraussetzung für die Teilnahme am Wettbewerb ist gemäß § 44 Abs. 1 und § 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV der Nachweis der geforderten Berufsqualifikation des Bewerbers, bei juristischen Personen des benannten verantwortlichen Berufsangehörigen zu führen. Zugelassen ist gemäß § 75 Abs. 3 VgV, wer nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Architekt bzw. Landschaftsarchitekt zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden. (Ist die Berufsbezeichnung am jeweiligen Heimatstaat gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die fachlichen Anforderungen, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder einen sonstigen Befähigungs-Nachweis verfügt, dessen Anerkennung der Richtlinie 2013/55/EU [EU-Berufsqualifikationsrichtlinie] entspricht.)

Bei Bewerbergemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft zu erbringen.

Nachweis liegt bei durch:

- ☐ Kammereintrag Architekt oder Befähigungsnachweis gemäß Richtlinie 2013/55/EU bei Bewerbern aus anderen EU- Ländern (Kopie der Kammerurkunde oder des Befähigungsnachweises liegt bei)
- ☐ Kammereintrag Landschaftsarchitekt oder Befähigungsnachweis gemäß Richtlinie 2013/55/EU bei Bewerbern aus anderen EU- Ländern (Kopie der Kammerurkunde oder des Befähigungsnachweises liegt bei).

5. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung

Anlage 5:
Berufshaftpflichtversicherung
Nachweise Architekt und Landschaftsarchitekt

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV haben die Bewerber das Vorliegen einer gültigen Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssummen von mindestens

Architekt: 3,0 Mio. EUR für Personenschäden und 3,0 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden

Landschaftsarchitekt: 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und 0,5 Mio. EUR für Sach- und Vermögensschäden

zweifach maximiert, nicht älter als 12 Monate zum Tag der Bewerbungsfrist bei einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen vorzuweisen. Werden die Deckungssummen oder die zweifache Maximierung nicht erreicht, ist eine Bestätigung des Versicherers vorzulegen, dass dieser die geforderten Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall zusagt oder eine formlose Absichtserklärung abzugeben, die Deckungssummen/die Maximierung im Auftragsfall anzupassen.

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist der Nachweis von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft zu erbringen.

Nachweis liegt bei durch:

- ☐ Kopie der Versicherungspolice/der Bestätigung des Versicherers nicht älter als 12 Monate zum Tag der Bewerbungsfrist (obligatorisch)
- ☐ Nur wenn erforderlich: Zusage des Versicherers zur Anpassung der Versicherungssummen/der Maximierung im Auftragsfall.
- ☐ Nur wenn erforderlich: Absichtserklärung (formlos) des Bewerbers zur Anpassung der Versicherungssummen/der Maximierung im Auftragsfall.

6. Angaben zu den Referenzen

Anlage 5:

Referenz 1

Realisierte denkmalgerechte Sanierung mit Um- oder Neubauanteil

Anlage 6:

Referenz 2

Neubau eines Kultur-, Sakral- oder Verwaltungsbaus

Anlage 7:

Referenz 3

Freiflächengestaltung im Zusammenhang mit historischen Bauwerken

Als Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind als Mindestanforderungen zur Teilnahme am Wettbewerb gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV drei mit der Wettbewerbsaufgabe vergleichbare Referenzen des Bewerbers – zwei für Architektenleistungen, eine für Landschaftsarchitektenleistungen – anzugeben und zur Prüfung durch den Auftraggeber auf maximal 1 Blatt DIN A3 je Referenz darzustellen.

Bei Bewerbungsgemeinschaften ist es ausreichend, wenn die jeweilige Referenz nur von einem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft erbracht wird.

6.1. Referenz 1:

Architektenleistung: Realisierte denkmalgerechte Sanierung mit Um- oder Neubauanteil

Mindestanforderungen:

Objektplanung Gebäude einer realisierten denkmalgerechten Sanierung, mit Umbau- oder Neubauanteil;

Gebäudeart (im Sinne der Anlage 10.2 HOAI 2021, Objektliste Gebäude): Kultur-, Sakral-, Schul- oder Verwaltungsbau;

fertiggestellt bis zum Tag der Bewerbungsfrist;

mindestens Honorarzone III;

erbrachte Leistungsphasen mind. LPH 2–8;

Baukosten (KG 300 + 400 gem. DIN 276) mind. 4,0 Mio. EUR (netto);

die Referenz darf nicht älter sein als 10 Jahre (Fertigstellung nicht vor dem 01.01.2015).

Art der Referenz	☐ denkmalgerechte Sanierung mit Umbau- oder Neubauanteil
Objektbezeichnung, Ort	
Bauherr/Auftraggeber /Kontakt	
Gebäudeart im Sinne Objektliste 10.2 der Anlage 10 HOAI 2021	
Tag der Fertigstellung	
Honorarzone	

Erbrachte Leistungsphasen gem. HOAI	
Baukosten KG 300 + 400 gem. DIN 276	
Der Referenz ist eine Dokumentation auf maximal 1 Blatt DIN A3 einseitig bedruckt mit bildlicher Darstellung des Gebäudes sowie kurzer textlicher Erläuterung beigelegt.	☐ Ja ☐ Nein

6.2. Referenz 2:

Architektenleistung: Neubau eines Kultur-, Sakral- oder Verwaltungsbaus

Mindestanforderungen:

Objektplanung Gebäude eines Neubaus;

Gebäudeart (im Sinne der Anlage 10.2 HOAI 2021, Objektliste Gebäude): Kultur-, Sakral oder Verwaltungsbaus;

fertiggestellt;

mindestens Honorarzone III;

erbrachte Leistungsphasen mind. LPH 2-4;

Baukosten (KG 300 + 400 gem. DIN 276) mind. 4,0 Mio. EUR (netto);

die Referenz darf nicht älter sein als 10 Jahre (Fertigstellung nicht vor dem 01.01.2015).

Art der Referenz	☐ Neubau
Objektbezeichnung, Ort	
Bauherr/Auftraggeber /Kontakt	
Gebäudeart im Sinne Objektliste 10.2 der Anlage 10 HOAI 2021	
Honorarzone	
Erbrachte Leistungsphasen gem. HOAI	
Baukosten KG 300 + 400 gem. DIN 276	
Der Referenz ist eine Dokumentation auf maximal 1 Blatt DIN A3 einseitig bedruckt mit bildlicher Darstellung des Gebäudes sowie kurzer textlicher Erläuterung beigelegt.	☐ Ja ☐ Nein

6.3. Referenz 3:

Landschaftsarchitektenleistung: Freiflächengestaltung im Zusammenhang mit historischen Bauwerken

Mindestanforderungen:

Objektplanung Freiflächengestaltung im Zusammenhang mit historischen Bauwerken, Neuanlage oder Sanierung;

fertiggestellt bis zum Tag der Bewerbungsfrist;

mindestens Honorarzone III;

erbrachte Leistungsphasen mindestens LPH 2–8;

Fläche des Bearbeitungsgebiets mindestens 0,5 ha;

die Referenz darf nicht älter sein als 10 Jahre (Fertigstellung nicht vor dem 01.01.2015).

Art der Referenz	☐ Realisierte Freianlage mit Bauwerksbezug, Neuanlage oder Sanierung
Objektbezeichnung, Ort	
Bauherr/Auftraggeber /Kontakt	
Tag der Fertigstellung	
Honorarzone	
Erbrachte Leistungsphasen gem. HOAI	
Fläche des Bearbeitungsgebiets	
Der Referenz ist eine Dokumentation auf maximal 1 Blatt DIN A3 einseitig bedruckt mit bildlicher Darstellung des Gebäudes sowie kurzer textlicher Erläuterung beigelegt.	☐ Ja ☐ Nein

7. Erklärung zur Bildung einer Bewerbergemeinschaft

Hinweis:

Diese Erklärung ist bei Bildung einer Bewerbergemeinschaft von allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft auszufüllen.

Hiermit erklären wir,

- dass wir mit den unten angegebenen Unternehmen eine Bewerbergemeinschaft gründen,
- dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB gegen uns vorliegen (jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft füllt eine Eigenerklärung gemäß Ziffer 2. aus),
- dass jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft über die Berufszulassung als Architekt/Landschaftsarchitekt verfügt (gemäß Ziffer 3.)
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Bewerbergemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und berechtigt ist, im Rahmen des Vergabeverfahrens uneingeschränkt im Namen aller Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu handeln,
- dass der bevollmächtigte Vertreter berechtigt ist, Zahlungen des Auftraggebers für jedes Mitglied mit befreiender Wirkung anzunehmen,
- dass wir im Auftragsfall eine gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit einem bevollmächtigten Vertreter bilden werden,
- dass die Mitglieder gesamtschuldnerisch haften.

Wir, die im Folgenden aufgeführten Unternehmen, erklären die Bildung einer Bewerbergemeinschaft:

Mitglied 1, Büroname, Anschrift, Telefon, E-Mail mit dem bevollmächtigten Vertreter Name, Büro
Mitglied 2, Büroname, Anschrift, Telefon, E-Mail
Mitglied 3, Büroname, Anschrift, Telefon, E-Mail
ggf. weitere Mitglieder, Büroname, Anschrift, Telefon, E-Mail

Vom Bewerber zu unterschreiben, bei Bewerbergemeinschaften von allen Mitgliedern:

_____ Ort, Datum	_____ rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel Mitglied 1 – bevollmächtigter Vertreter
_____ Ort, Datum	_____ rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel Mitglied 2
_____ Ort, Datum	_____ rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel Mitglied 3
_____ Ort, Datum	_____ rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel ggf. weitere Mitglieder

8. Erklärung zum Datenschutz

Die im Rahmen des Bewerbungs-/Wettbewerbsverfahrens erhobenen Daten der einzelnen Bewerber werden gemäß den gültigen Datenschutzrichtlinien (DSGVO) erfasst und bearbeitet. Eine Verarbeitung der Daten erfolgt nur in Verbindung mit dem entsprechenden Wettbewerbsverfahren. Mit Ihrer Teilnahme am Wettbewerbsverfahren und der damit verbundenen Unterschrift willigen Sie ein, dass Ihre eingereichten Daten zur Bearbeitung im Rahmen des Verfahrens verwendet werden. Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den genannten Zwecken findet nicht statt.

Ihre persönlichen Daten werden nur an Dritte weitergegeben, wenn:

- die Verarbeitung zur Abwicklung des Wettbewerbsverfahrens erforderlich ist,
- die Verarbeitung zur Abwicklung eines Vertrags mit Ihnen erforderlich ist,
- die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist.

8.1. Widerruf

Die oben genannte, mit der Bewerbung verbundene Einverständniserklärung kann jederzeit widerrufen werden. Dieser Widerruf gilt für die Zukunft und führt dazu, dass die betreffenden personenbezogenen Daten nicht mehr gespeichert und wie oben dargestellt verwendet werden. Für den Widerruf reicht eine formlose Benachrichtigung an die E-Mail an

schloss-koethen@grunwald-grunwald.de

Ein Widerruf vor Beendigung des Verfahrens führt zum Ausschluss vom laufenden Verfahren.

9. Abschließende Erklärung

Hiermit bewerbe/n ich/wir mich/uns um die Teilnahme am interdisziplinären Realisierungswettbewerb Schloss Köthen. Durch meine/unsere nachstehende/n Unterschrift/en bestätigen wir die Richtigkeit der zuvor von mir/uns gemachten Angaben.

Darüber hinaus erkläre/n ich / wir, das dieses Bewerbungsformblatt inhaltlich nicht verändert wurde.

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel
bevollmächtigter Vertreter

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel

Ort, Datum

rechtsverbindliche Unterschrift, Firmenstempel
ggf. weitere Mitglieder

Vom Bewerber zu unterschreiben, bei Bewerbungsgemeinschaften von allen Mitgliedern:

Zusammenstellung der Anlagen:

Mit der Bewerbung sind folgende Anlagen einzureichen:

Anlage 1:

Vergabe von Unteraufträgen

Formlose Erklärung des Unterauftragnehmers zur fachlichen Eignung (Nachweis der Kammermitgliedschaft) und der Bereitstellung der erforderlichen Kapazitäten.

Anlage 2:

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB

Mitglieder von Bewerbergemeinschaft und Unterauftragnehmer haben die Eigenerklärung separat auszufüllen. Dazu bitte Kap. 3 des Formblatts in entsprechender Anzahl kopieren und unterschreiben.

Anlage 3:

Kammereintrag / Befähigungsnachweis

Nachweise Architekt und Landschaftsarchitekt

Anlage 4:

Berufshaftpflichtversicherung

Nachweise Architekt und Landschaftsarchitekt

Anlage 5:

Referenz 1

Realisierte denkmalgerechte Sanierung mit Um- oder Neubauanteil

Anlage 6:

Referenz 2

Neubau eines Kultur-, Sakral- oder Verwaltungsbaus

Anlage 7:

Referenz 3

Freiflächengestaltung im Zusammenhang mit historischen Bauwerken